

Prominente Grüne fordern neuen Kurs in der Migration - Er führt weg von Humanität und Menschenwürde

Offenbar hat sich innerhalb der Partei „Bündnis 90 – Die Grünen“ eine neue Gruppe formiert. Sie nennt sich „Vert Realos“ und beansprucht für sich den Platz in der „bürgerlichen grünen Mitte“, wo immer dieser zu finden sein mag. Sie haben ein [Memorandum für einen neuen Kurs in der Migrationspolitik](#) verfasst. Durch den Blätterwald geistert seit dem 20. Februar eine Zusammenfassung, die zentrale Thesen noch stärker pointiert als die hier verlinkte Langfassung. Unten dokumentiere ich die Version von *Markus Decker* in der Oberhessischen Presse vom 20.02.2023.

„Eine viel offenere Diskussion über die Steuerung von Migration“, so lautet die Forderung der Autor*innen um die ehemalige grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms. Dabei ist diese Diskussion doch offen genug. Sie wird nicht nur in Zeitungen geführt, sondern auch mit Waffen und Gummiknüppeln. Vor den Augen der Welt vollziehen sich gewaltsame Pushbacks von Flüchtenden an den Außengrenzen der EU. Im Mittelmeer ertrinken Menschen.

Harms „hat das Gefühl“, dass Menschen, die wirklich politisches Asyl brauchen, nicht zum Zuge kommen, weil sie von solchen dominiert werden, „die lediglich ein besseres Leben finden wollen“. Sie verschwendet keinen Gedanken – oder vielleicht besser „kein Gefühl“ - darauf, dass die Lebensumstände in den Herkunftsländern unterhalb der eigentlich unantastbaren Menschenwürde liegen könnten. Hunger, Missernten, Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen durch subventionierte Billigimporte aus der EU, Kriege, Militärdiktaturen, brutale Unterdrückung queerer Menschen, drohende Zwangsverheiratung und Angst vor der rituellen Zwangsbeschneidung von Mädchen sind nur einige Anzeichen zerstörter Menschenwürde, die Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe von Betroffenen immer wieder zu hören bekommen. Und sie bekommen sie auch zu lesen, nämlich in Ablehnungsbescheiden des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und auf diesen Bescheiden beruhenden Gerichtsurteilen.

Es fehle ein Konzept für gelungene Integration, so sagt das Memorandum. Aber dieses Konzept existiert. Es heißt Bildung und Arbeit. Seine Bestandteile sind Sprache lernen, Allgemeinbildung erwerben, berufliche Qualifikationen aneignen, Arbeit finden und so den eigenen Lebensunterhalt sichern. Es sichert nicht nur die eigene Existenz der Migrantinnen und Migranten, sondern auch die hiesigen Sozialsysteme. Es nützt uns allen. Nur wird die Realisierung dieses Konzepts in tausenden Fällen tagtäglich verhindert. Wartezeiten für die Teilnahme an Sprachkursen sind unerträglich lang, Schulen kaputt gespart und von Lehrermangel gebeutelt, berufliche Qualifikationen oft an formale Zertifikate und nicht an tatsächliche Fertigkeiten geknüpft. Gar nicht zu reden davon, dass immer wieder die Aufnahme einer Arbeit nicht gestattet wird und zahlreiche Menschen aus Arbeit und Ausbildung heraus abgeschoben werden.

So weit bekannt ist, zeigt das Memorandum keinen Weg zur Realisierung eines solchen Integrationskonzepts. Es fordert stattdessen Forcierung von Abschiebungen, Kasernierung in Erstaufnahmeeinrichtungen und „verpflichtende Aufenthaltszonen“ außerhalb der Grenzen der EU. Wirklich „neu“ sind diese Forderungen nicht. Sie haben eben nur nichts mit Demokratie und Menschenwürde zu tun. Die Grünen täten gut daran, sich sofort und unmissverständlich davon zu distanzieren und auf den politischen Ebenen, die ihnen zugänglich sind, eine humane Integrationspolitik umzusetzen.

Kurt Bunke

Prominente Grüne fordern neuen Kurs in der Migration

Realo-Gruppe legt Positionspapier vor – Harms: „Der Unwille, sich zur Kontrolle von Zuwanderung zu bekennen, stört mich seit Langem“

VON MARKUS DECKER

BERLIN. Die frühere Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, hat die eigene Partei zu einer Korrektur ihrer Flüchtlingspolitik aufgerufen. „Wir brauchen eine viel offenere Diskussion über die Steuerung von Migration“, sagte sie dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Der Unwille, sich zur Kontrolle von Zuwanderung zu bekennen, stört mich schon seit Langem.“

Harms fügte hinzu: „Ich habe das Gefühl, dass diejenigen, die wirklich politisches Asyl

brauchen, meistens gar nicht dazu kommen, den Wunsch irgendwo vorzutragen. Denn der Wunsch derer, die woanders ein besseres Leben finden wollen, dominiert.“ Deutschland könne „all dem nicht mehr gerecht werden“.

Harms gehört nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zu einer neuen Gruppe innerhalb der Grünen, die sich „Vert Realos“ nennt und sich als „die bürgerliche grüne Mitte“ bezeichnet. Sie plädiert in einem Memorandum mit mehr als 50 Unterzeichnenden für Änderungen in der Flüchtlingspolitik. Zu

den Mitunterzeichnern gehören neben Harms Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer, der seine Parteimitgliedschaft bei den Grünen nach Rassismuskorrekturen und einem Ausschlussverfahren derzeit bis Ende dieses Jahres ruhen lässt. Weitere Erstunterzeichner sind der bayerische Landrat Jens Marco Scherf und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Uschi Eid.

In dem Memorandum heißt es, es fehle ein „Konzept für eine gelungene Integration oder die konsequente Rückfüh-

rung von Geflüchteten in ihre Heimat, sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen“. Migranten wüssten nicht, „was von ihnen erwartet wird, und machen sich mit falschen Hoffnungen auf den weiten Weg“. Erforderlich sei deshalb ein Einwanderungsgesetz für Wirtschaftsmigranten wie auch „verpflichtende Aufenthaltszonen“ für Geflüchtete an den Grenzen und außerhalb der Europäischen Union: „Angesichts der Tatsache, dass es in der Realität fast unmöglich ist, Menschen ohne Bleiberecht abzuschieben, wenn sie erst einmal in der EU angekommen



„Kein Konzept für gelungene Integration“: Die Grünen-Politikerin Rebecca Harms ist eine der Unterzeichnerinnen des Papiers.

FOTO: MICHAEL MATTHEY/DPA

sind, muss die Entscheidung über Aufnahme in diesen Aufenthaltszonen stattfinden oder dort zumindest plausible Vorentscheidungen getroffen werden“, schreibt die Gruppe. Asylbewerber ohne Papiere müssten zurückgewiesen werden oder „bis zur Klärung ihrer Identität in einer staatlichen Aufnahmeeinrichtung verbleiben“. Ein Aufenthaltsrecht setze voraus, dass Geflüchtete sich „in die gesellschaftliche Ordnung“ einfügten und Grundwerte wie religiöse Toleranz oder das Existenzrecht Israels akzeptierten. Eine Tabuisierung stärke den rechten Rand.

Quelle: Oberhessische Presse vom 20.02.2023